

richtunggebende Theorie, die Methode der materialistischen Geschichtsauffassung. Und damit fehlt das Wichtigste. Dann geraten wir in Gefahr, zu der alten bürgerlichen Bildungsschmpelei zurückzugehen, zu jener Anschauung, die auch aus dem Spruche, den ich hier oben sehr hervorzuheben scheint: „Je gebildeter ein Volk, desto freier.“ Ähnlich heißt es in dem bekannten Wort von Büchse: „Vollbildung ist Volksbefreiung“, oder wie Schmoller sagt: „Die sozialen Gegensätze sind im letzten Ende doch nur Bildungsgegenstände.“ (Eisner: Oder wie Liebknecht gesagt hat: Wissen ist Macht!) Wir können die Befreiung des Proletariats nicht durch die Bildung schlechthin erreichen, sondern wir können die Befreiung des Volkes aus ökonomischer und politischer Entrechtung nur beschleunigen, je konsequenter wir uns auf die besondere Arbeiterbildung beschränken, auf jene Arbeiterbildung, die von der sozialistischen Theorie, von der Werttheorie, vom historischen Materialismus getragen und durchleuchtet wird, die sich als einzigen Zweck stellt, die Schlagkraft, die Aktionsfähigkeit, besonders aber auch die Zielfähigkeit des Proletariats im Klassenkampf zu erhöhen, um durch den kühnen und möglichst energisch geführten Klassenkampf halbmöglichst die Freiheit für das Proletariat und damit für die Menschheit überhaupt zu erobern. Und nach der ökonomischen und politischen Befreiung die Bildung im weiteren Sinne und darum: nicht Volksbildung ist Volksbefreiung, sondern: durch Volksbefreiung zur Volksbildung! (Lebhafter Beifall.)

Gerlach (Schlußwort zu Rasse und Presse): Der Kassierer kann erfreulicherweise im Schlußwort kurz sein. (Heiterkeit.) Der Gerechtigkeit halber stelle ich fest, daß die Nürnberger Parteigenossen, die ich gestern als Beispiel angeführt habe, nicht ganz so schuldig sind, wie es nach den gemachten Feststellungen scheinen konnte. Die Hauptschuld trägt jene abscheuliche Bestimmung im Statut der bayerischen Landesorganisation, die ich schon auf einem früheren Parteitag auf das schärfste kritisiert habe, und die sobald als möglich aus dem Statut hinausgeworfen werden muß, nach welcher der Beitrag zerlegt wird in den eigentlichen Parteibeitrag und in den bekannten „Lokalzuschlag“. — Weiter habe ich aus Lübeck die Mitteilung erhalten, daß von dort ein Bericht an den Parteivorstand abgesandt wurde, der aber wohl verloren gegangen sein muß. Die Lübecker Genossen halten es also nicht mit dem Schweigegebot. — In Sachen Presse hat der Genosse Lehmann mit seiner Kritik des „Wahren Jakob“ dem Empfinden weiter Parteikreise Ausdruck gegeben. Auch die Redaktion des „Wahren Jakob“ ist sich bewußt, daß das Blatt besser sein könnte als es ist, und sie wird für jede Anregung und für Hilfe dankbar sein. Wenn also der Genosse Lehmann mal einen guten Einfall hat, dann soll er ihn dem „Wahren Jakob“ nicht vorenthalten. (Heiterkeit.) — Zutreffend war die Bemerkung des Genossen Lehmann, daß die Beschwerden über die „Neue Welt“ beruht sind. An Stelle der vielen Klagen, die früher über die „Neue Welt“ laut wurden, ist bei allen aufmerksamen und verständigen Lesern Anerkennung und Befriedigung über das von der „Neuen Welt“ Gebotene getreten. Das Blatt ist tatsächlich noch nie so gut gewesen, wie unter der gegenwärtigen Redaktion. Es ist reichhaltig und lebendig und damit sind alle Wünsche der Leser befriedigt. — Was die Ausführungen des Genossen Knauer über die hohen Zuschüsse an die Parteipresse anbelangt, so ist dem Parteivorstand wohl bekannt, daß solche Subventionen oft die unangenehme Nebenwirkung haben, daß die Genossen in den Verbreitungsgebieten der subventionierten Blätter leicht in der Tätigkeit für ihre Presse erlahmen und sich auf die Wärenhaut legen. Der Parteivorstand prüft deshalb die Unterstützungsbedürftigkeit der einzelnen Blätter sorgfältig. Das Lied, das der Genosse Knauer speziell den Königsberger Genossen vorgesungen hat, weil Jahr um

Jahr eine so beträchtliche Summe für das Königsberger Parteiblatt ausgegeben werden muß, das haben die Königsberger Genossen von uns bereits in allen Variationen gehört. Schließlich haben wir uns aber immer wieder überzeugen müssen, daß die Unterstützung notwendig ist. Niemand würde sich mehr freuen, als die Königsberger Genossen, wenn sie nicht mehr mit diesem Konto im Vorstandsbericht belastet wären. Aber die Schwierigkeiten, unter denen unsere Königsberger Genossen den Kampf führen müssen, sind ungewöhnlich große, und deshalb dürfen wir sie auch nicht im Stich lassen. Der Berichtstatter für die Kontrollkommission verzichtet auf das Schlußwort.

Gemäß dem Antrage der Kontrollkommission wird dem Parteivorstand für das verlossene Rechnungsjahr einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgen die Abstimmungen.

Der Antrag 131 wird in folgender Fassung angenommen: „Der Parteitag nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Parteischule und ersucht den Vorstand, sie in der bisherigen Richtung weiter auszubauen.“

Der Antrag 6 wird mit dem von Stubbe-Hamburg beantragten Zusatz angenommen: „Daselbe gilt auch für solche lokalen Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Parteioorganisationen nicht anerkannt sind.“

Zum Punkt „Frauenorganisation“ wird der Antrag 21 angenommen unter Ablehnung des Antrages 128. Die Resolution der Frauenkonferenz 125 wird in folgender Fassung angenommen: „Nachdem die gesetzlichen Schranken gefallen, die in den einzelnen Bundesstaaten den Frauen den Eintritt in die politischen Vereine verwehrten, muß es um so mehr Aufgabe der Genossen sein, ihre weiblichen Angehörigen aufzuklären, damit sie Mitglieder der Partei werden.“

Weiter wird die Deklaration des Berichtstatters in bezug auf den Eintritt einer Genossin in den Parteivorstand angenommen und beschlossen, für ein Jahr so zu verfahren. Die Anträge 53 und 54 sind zurückgezogen.

Den Vortag übernimmt Dorn.

Der parlamentarische Bericht.

Eichhorn erstattet den Bericht unter Ausschluß der Frage der Budgetbewilligung.

Ich kann mich kurz fassen, denn Sie haben den schriftlichen Bericht sicher alle eingehend studiert. Ich kann mich auch deshalb kurz fassen, weil im allgemeinen an der Tätigkeit der Reichstagsfraktion mit Ausnahme eines einzigen Falles Kritik von Bedeutung nicht geübt wurde und endlich, weil in der politischen Lage sich wesentliches seit der vorigen Session nicht geändert hat. Der Block ist noch Trumpf, höchstens hat sich im letzten Sessionsabschnitt der forrumpierende Charakter der Blockpolitik noch etwas schärfer offenbart als im ersten. Als der Block als Ergebnis der Bülowischen Wahlmachte zustande kam, war man der Meinung, ein so heterogen zusammengesetztes Gebilde werde nicht lange Bestand haben, der Block werde die erste Session nicht überdauern, eine praktische Arbeit nicht möglich sein; und die Ergebnisse des ersten Sessionsabschnittes schienen dieser Annahme Recht zu geben. Aber man hatte außer Rechnung gesetzt das hohe Maß von politischer Verkommenheit, dessen die bürgerliche Opposition, der Liberalismus und der Freisinn, fähig ist. Die Erscheinungen der Blockpolitik sind Ihnen allen bekannt. Die Szenen, die wir im letzten Sessionsabschnitt erleben mußten, haben bei uns häufig genug fast

direkt physischen Ekel erregt und man mußte sich im Ernste die Frage vorlegen, ob man nicht Bedenken tragen müsse, mit Leuten, die sich derart politisch wegwerfen, überhaupt noch persönlich in Verührung zu kommen. Da war nichts mehr von Grundsatz, nichts mehr von der männlichen Sicherheit, die sich auf festgegründeten Anschauungen aufbaut, nur immer die Angst, daß der Blod in die Brüche gehen könnte. Sie kennen die Versöhnungskomödie nach dem Zusammenstoß mit dem Finanzminister v. Rheinbaben und dem preußischen Kriegsminister von Einem. Und warum das alles? Rebliglich, weil die kirgerliche Opposition in der Regierungsmehrheit bleiben, sich nicht ausschalten lassen will. Sie werden noch weiter gehen, sie werden — mit Sicherheit ist das schon jetzt anzunehmen — auch im nächsten Winter die Finanzreform, die neuen indirekten Steuern bewilligen; sie werden alles tun, um sich das Scheinrecht zu erhalten, mitzutun und die Verantwortung mit zu tragen. Der Niedergang des Liberalismus ist geradezu ein warnendes Exempel für die, die glauben, mit diplomatischen oder staatsmännischen Schachzügen die Regierung auf ihre Bahn drängen zu können. Denn die Liberalen verteidigen dieses fortdauernde mit Füßentreten aller Liberalen Ideen und Grundsätze einfach damit, daß sie sagen, werden wir ausgeschaltet, dann sind wir außerstande, für den Liberalismus zu wirken, ihm irgendwelche Konzessionen von der Regierung abzutragen und abzapfen. Das sind dieselben Argumente, die man sehr häufig hört von diplomatisch angelegten Naturen, die da meinen, durch halbes Entgegenkommen, durch Sirenenesänge, durch ruhigeres Auftreten die Regierung bewegen zu können, ihnen entgegenzukommen, die reaktionären Parteien gewissermaßen überlisten zu können. Das ist dem Blodliberalismus bisher nicht gelungen, das wird ihm auch in alle Zukunft nicht gelingen. Welche Anstrengungen haben wir beim Vereinsgesetz gemacht, Garantien für wirkliche Vereins- und Versammlungsfreiheit zu schaffen! Vergeblich; an der Angst der liberalen Blodpolitiker gingen alle diese Versuche zu schanden und alle eindringlichen Vorstellungen und inständigen Bitten an den Liberalismus haben auch beim § 7 nichts gefruchtet. Nein, weder durch gute Worte, noch durch diplomatische Schachzüge kann man der Reaktion etwas abringen. Auch im parlamentarischen Kampf können Nichtsnur einer Partei, die sich nicht selbst aufgeben will, nur ihre Grundsätze sein; nur ihre rücksichtslose Vertretung gibt die Möglichkeit, vorwärts zu kommen.

Als ich den Bericht über die Münberger Versammlung las, in der über die Tätigkeit des Reichstags Bericht erstattet wurde, glaubte ich in Eisner einen Anhänger dieser meiner Auffassung zu haben. Er übte an der Reichstagsfraktion dahin Kritik, es sei beim Vereinsgesetz nicht scharf genug gekämpft worden, man hätte Obstruktion treiben, die Abstimmung über die Osterferien hinauschieben sollen. Ich glaube nicht, daß man damit mehr positive Erfolge oder Vorteile für die arbeitende Klasse hätte erringen können. Die Fraktion hat in vollem Maße ihre Pflicht und Schuldigkeit unter den schwierigeren Verhältnissen der Blodpolitik getan, sie hat den verschärften Kampf aufgenommen und alles, was möglich war, daran gesetzt, die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen, keine Gelegenheit veräußt beim Etat und den zahlreichen Gesetzen. Durch Anträge und Interpellationen hat sie eingegriffen überall, wo es notwendig war, darum ist die Kritik Eisners nicht recht verständlich. Er vermißt eine Interpellation über die Hill-Affäre, bei der man die ganze Frage der auswärtigen Politik nach seiner Meinung hätte aufrollen können. Die Fraktion hat sich mit dieser Frage beschäftigt, die Mehrheit hat es abgelehnt, eine Interpellation einzubringen, aber im Plenum ist der Fall erörtert worden. Wenn nun noch bemängelt wird, daß die Fühlung der Fraktion mit den Arbeitermassen verloren gegangen sei, wenn verlangt wird, daß die Depu-

tationen in den Foyers des Reichstages sich jagen und drängen müßten, so weiß ich nicht, was das für ein Vorteil sein soll. Die Fühlung ist viel intensiver, wenn die Abgeordneten selbst in die Versammlungen hineingehen, als wenn man diese bürgerlichen Geschichten nachmacht und Deputationen aufmarschieren läßt, vielleicht noch gar im feierlichen Aufzuge und im Frack. Wenn eine Kritik an der Fraktion fehlging, so war es diese einzige, die an ihr geübt worden ist. Das bedeutet nicht, daß die Fraktion sich einbildet, nun über jede Kritik erhaben zu sein. Sie wird immer und immer wieder Anregungen bedürfen und sie dankbar entgegennehmen. Ich empfehle, die zum parlamentarischen Bericht gestellten Anträge der Fraktion zu überweisen.

Zur Verhandlung stehen die Anträge 69, 71—73; der Antrag 70 wird nicht unterstützt.

Witte-Berlin begründet den Antrag 71. Die Materie ist im Parlament bereits verhandelt. Die Zivilmusiker müssen die Steuern aufbringen und haben Anspruch auf Schutz gegen die Konkurrenz der Militärmusiker.

Crispian-Danzig empfiehlt kurz den Antrag 73.

Engel-Rothenburg a. d. L. begründet den Antrag 72. Er verweist auf die Verteuerung der Lebensmittel, mit der die Erhöhung des Einkommens der Arbeiter nicht Schritt hält.

Mollenbühr spricht zu dem Antrage 69: Der Antrag faßt eigentlich das zusammen, was die Fraktion bereits seit Jahren im Reichstag beantragt hat, und bezweckt nur eine Erklärung des Parteitagcs, daß er mit der Haltung der Fraktion in dieser Frage einverstanden ist. Wir haben jederzeit den Standpunkt eingenommen, daß die Arbeiterversicherung erheblich weiter ausgebaut werden muß. Wir erkennen an, daß das Verlangen der Privatangestellten nach ihrer Pensionsversicherung voll berechtigt ist, aber wir sagen: das Recht auf genau dieselben Forderungen muß auch der Arbeiter haben. Mollenbühr legt dar, weshalb man für den Anschluß dieser Pensionsversicherung an die Arbeiterversicherung eintreten muß und nicht für eine Sonderversicherung.

Dr. Rosenfeld-Niederbarnim: Ganz besonders hat es mir gefallen, daß Eichhorn so scharf betont hat, daß es nicht Sache der sozialdemokratischen Fraktion sein könne, durch Diplomatie irgendwelche Vorteile zu gewinnen, sondern daß sie rücksichtslos nur im Interesse der Arbeiterklasse die Vorlagen prüfen und sie ablehnen müsse, wenn sie der Ansicht ist, daß die Arbeiterklasse kein Interesse daran hat. Mit ganz besonderem Eifer hat die Fraktion bei der Beratung des Vereinsgesetzes diesen Standpunkt vertreten. Um so weniger begreife ich es, wie ein Mitglied der Fraktion, der Abg. Seine, in einem Artikel in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ eine Stellung einnimmt, die einfach unverständlich ist gegenüber der Haltung der Fraktion. Seine erklärt allerdings zunächst, daß es eine empörende Ungerechtigkeit sei, die Rechte der Zugenbliehen zu beschränken, aber er fährt dann fort: „Aber allzu tragisch braucht man die Wirkungen dieses Verbots auch nicht zu nehmen.“ Und an einer anderen Stelle sagt er, daß ihm eine parteipolitische Beeinflussung der jungen Leute unter 18 Jahren nicht nur entbehrlich, sondern geradezu gefährlich erscheint. (Hört! hört!) Ich bedaure es, daß auf diese Weise ein Mitglied der Fraktion unseren Gegnern entgegen liefert, die Gegner haben sich das Material ja auch nicht entgehen lassen, die „Vossische Zeitung“ hat bereits darauf hingewiesen, daß der Artikel von Seine die glänzendste Rechtfertigung der Blodpolitik ist. (Hört! hört!) Ich halte es für notwendig, daß der Parteitag Kenntnis von dieser Stellung eines Fraktionsmitgliedes nimmt, die der Haltung der Fraktion ins Gesicht schlägt und nichts anderes ist als eine Rechtfertigung der Blodpolitik.

Wald-Berlin: Einige Worte zum Antrag 71, der von den Zivildienstleistern handelt. Ich beneide die Zivildienstleister nicht darum, daß sie ihre Lage verbessern wollen. Aber es ist eigentümlich, daß man sich auf seine Parteigenossenschaft erst dann besinnt, wenn man sich die Konkurrenz vom Hals schaffen will, nicht aber, wenn es sich darum handelt, für die Partei einzutreten. Ich kenne Fälle, wo Zivildienstleister bei Parteifestlichkeiten sich über den Tarif haben bezahlen lassen, während sie bei konservativen Festlichkeiten unter dem Tarif gearbeitet haben. Wenn sie verlangen, daß die Partei für sie eintritt, dann sollen sie die Partei auch so behandeln, wie es sich gehört. (Sehr richtig!)

Stolten-Hamburg: Ich möchte Sie dringend bitten, dem Antrag 60 im Interesse der Privatangestellten selbst zuzustimmen. Unter den Privatangestellten sind zwei Strömungen vorhanden, die eine wünscht einen Ausbau der allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung herbeizuführen, die andere wünscht eine Sonderorganisation für Privatangestellte. Für diese Sonderorganisation dürfen wir einmal aus prinzipiellen Gründen nicht sein, sobald aber auch aus dem Grunde, weil damit der Versuch gemacht werden soll, in die Kreise der Arbeiter und Arbeiterinnen einen Keil hineinzutreiben, man will die besterzahlten Handarbeiter und Kopparbeiter von den Arbeitern im allgemeinen trennen und die Interessen derselben, soweit sie gemeinsam sind, von einander loslösen. Wenn wir den Interessen der Angestellten gerecht werden wollen, dann müssen wir fordern, daß keine Trennung stattfindet, sondern daß Invaliden- und Altersversicherung einheitlich bleiben wie bisher und daß die weiteren Kreise, die hinzukommen, in diese einheitliche Organisation einbezogen werden.

Nun ein paar Worte zum Antrag 72. Der darin zum Ausdruck gebrachte Wunsch ist zweifellos berechtigt, die ortsüblichen Tagelöhne werden heute so niedrig festgesetzt, daß sie nicht einmal dem Einkommen gewöhnlicher Tagelöhner entsprechen, und die Renten werden dadurch oft niedriger, als sie sein müßten, wenn man den ortsüblichen Tagelohn den wirklichen Verhältnissen entsprechend festsetzen würde. Aber in der vorliegenden Form ist der Antrag nicht annehmbar; der ortsübliche Tagelohn wird doch nur als Minimallohn betrachtet, der der Berechnung zugrunde gelegt werden soll. Der Antrag müßte also anders formuliert werden, wenn er sollte angenommen werden können.

Damit schließt die Debatte. Das Schlußwort erhält

Eichhorn: In der Frage der Versicherung der Privatangestellten haben Wallenbühr und Stolten die Haltung dargelegt, die die Fraktion bisher immer eingenommen hat. Wir sind stets gegen eine Sonderversicherung der Privatangestellten gewesen, der Parteitag in München forderte sogar die Vereinheitlichung des gesamten Versicherungswesens. Der betreffende Antrag öffnet also offene Türen ein. Das, was der Antrag 70 verlangt, daß auch bei der Zivildienstleistung der Gerichte Laien als Teilnehmer an der Rechtsprechung von uns gefordert werden sollen, ist eine schon durch unser Programm selbstverständlich gebotene Forderung. Wir werden bei der sogenannten Justizreform nicht nur diesen, sondern auch eine ganze Reihe anderer Anträge auf Grund unseres Programms zu stellen haben. Die Forderung des Antrags 71 und von Berlin II ist wohl ein duzendmal und mehr von uns im Reichstag erhoben worden.

Für den letzten Jahrgang hat, soviel ich mich erinnere, der Vertreter des Kriegsministers in der Budgetkommission auch Berücksichtigung der gerechten Wünsche in dieser Beziehung zugesagt. Mit Recht hat aber Wald he-

merkt, daß die Zivildienstleister nun nicht etwa glauben sollen, daß, wenn von der Partei ihre Interessen vertreten werden, sie sich selbst nicht zu rühren brauchen. Es bleibt vielmehr ihre Aufgabe, sich zu organisieren, um ihre Interessen gegenüber den Soldaten, die den Musikerberuf nur nebenbei ausüben und ihnen dadurch unberechtigte Konkurrenz machen, zu vertreten. Auch die Frage der Berechtigung des ortsüblichen Tagelohnes im Krankenversicherungsgesetz hat die Fraktion häufig genug beschäftigt. Sie hat stets gefordert, daß die Berechnung nach den wirklich verdienten Löhnen erfolge und nicht nach den von den Verwaltungsbehörden auf Grund von Auskünften von Landwirtschaftskammern usw. berechneten Durchschnittslöhnen. Die Fraktion ist noch weiter gegangen und hat die Auffhebung der Gemeindekrankenversicherung, die die ländlichen Arbeiter besonders benachteiligt, verlangt. Vielleicht werden wir schon im nächsten Winter Gelegenheit haben, diese Materie ausführlich zu behandeln. Wir werden es uns angelegen sein lassen die Wünsche der Industrie- und Landarbeiter auf Verbesserung der Krankenversicherung und Erhaltung und Ausdehnung der Selbstverwaltung zum Ausdruck zu bringen. Angesichts der vorliegenden Anträge möchte ich nur dem Wunsch und der Bitte Ausdruck geben, daß die Genossen, welche künftig Anträge stellen, sich die Tätigkeit der Fraktion etwas eingehender ansehen möchten. Wäre das diesmal geschehen, wären manche der Anträge überflüssig gewesen. Vielleicht vergessen die Genossen deshalb manchmal, daß Anträge von der Fraktion seit langem gestellt sind, weil im Reichstag nur alle Wochen einmal Initiativanträge beraten werden. In der letzten halbjährigen Session sind sogar im ganzen nur zwei oder drei Tage den Initiativanträgen gewidmet worden. Es liegen jetzt noch an 200 Initiativanträge dem Haus vor, deren Erledigung gar nicht abzusehen ist. Wenn es an uns läge, würden wir in der Woche an drei oder vier Tagen Initiativanträge beraten, bis man sich bequemt, den Wünschen des Volkes etwas mehr entgegenzukommen. Aber die Fraktion steht hier der geschlossenen Mehrheit der bürgerlichen Parteien gegenüber. Diese haben das Interesse, zunächst die Regierungsgeschäfte glatt abzuwickeln, und dann liegt ihnen nichts mehr an Weiterarbeiten des Reichstages. Die Genossen Singer und Bebel haben bei den verschiedensten Gelegenheiten in der schärfsten Weise gegen die geradezu unwürdige Durchpfeifung und Galopparbeit im Reichstag gesprochen. Es hat nichts genützt. Im Gegenteil, es gehört keine große Prophetengabe dazu, um voranzusagen, daß auch in der nächsten Session der Block befreit sein wird, so rasch als möglich heimzugehen, damit jede Gelegenheit zu Konflikten vermieden wird. Gegen diese Gehe haben wir nur die öffentliche Kritik, und diese haben wir ausgiebig geübt.

Genosse Rosenfeld hat Stellen aus einem Artikel Heines über das Vereinsgesetz in den „Sozialistischen Monatsheften“ verlesen. Nach den Zitaten hat es den Anschein, als wenn Heine eine andere Stellung zum Vereinsgesetz in diesem Artikel eingenommen hätte als im Reichstag. Ich kann nicht sagen, inwieweit das richtig ist, denn ich lese die „Monatshefte“ nicht regelmäßig. Im Reichstage hat Heine jedenfalls in der Vertretung der Fraktion beim Reichsvereinsgesetz eine Haltung eingenommen, die zu keinen Ausstellungen Anlaß gegeben hat. Wenn es richtig ist, was aus den „Monatsheften“ verlesen worden ist, dann wäre es um so bedauerlicher, wenn man, nachdem man im Reichstag mit Entschiedenheit und Schärfe für die Rechte der proletarischen Jugend eingetreten ist, nachher an einer Stelle, wo eine solche Schärfe vielleicht nicht so angenehm empfunden wird, sich anders und entgegenkommender äußert. Ich bedaure, daß Genosse Heine hier nicht geradezu hat, soviel ich weiß, ist er auf dem Parteitag anwesend. Ich schließe mit der nochmaligen Bitte,

alle Anträge, soweit sie unterstützt sind, der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. (Bravo!)

Die Anträge 69 und 71 bis 73 werden der Reichstagsfraktion als Material überwiesen. Damit ist auch dieser Teil des Vorstandsberichts erledigt.

Vorsitzender Dorn: In unserer Tagesordnung muß eine Verschiebung eintreten. In der Nachmittagsitzung soll zunächst die Maifeierfrage behandelt werden. Der Parteitag ist damit einverstanden. Ich konstatiere das und schließe die Sitzung
Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Dorn eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Die Maifeier.

Zur Verhandlung stehen mit die Anträge 86 bis 90 und 92 bis 104. Der Antrag 91 wird nicht unterstützt.

Reichstagsfraktion Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, daß ich mit meinen heutigen Ausführungen Ihren ganz besonderen Beifall finden werde, vielleicht durch das, was ich sage, aber jedenfalls durch das, was ich nicht sage. (Weiter.) Sie werden wohl alle mit mir einverstanden sein, daß wir uns über die Maifeier als solche, ihren Charakter, ihre Bedeutung heute nicht eingehend beschäftigen, denn das haben wir auf einer Reihe früherer Parteitage bereits gründlich getan und außerdem existieren in Partei- und Gewerkschaftskreisen keine Meinungsverschiedenheiten darüber. Wenn wir uns in diesem Jahre abermals mit der Maifeier zu beschäftigen haben, so deshalb, weil der Essener Parteitag dem Parteivorstand den Auftrag erteilt hat, auf Grund des Stuttgarter Beschlusses, der zum ersten Male für die Partei die Unterstützungspflicht der Opfer der Maifeier aussprach, über die Art und Weise der Regelung dieser Unterstützung nähere Vereinbarungen mit der Generalkommission zu treffen, Vereinbarungen, die für Partei und Gewerkschaften bindend sein sollten. Der Parteivorstand hat diesen Auftrag ausgeführt, dabei aber in Partei- und Gewerkschaftskreisen zum Teil sehr energischen und weitgehenden Widerspruch gefunden, und in den Anträgen, die Sie unterstützt haben, ist eine ganze Serie, die dieser weiten Unzufriedenheit Ausdruck verleihen. Nun ist die Frage für unseren Parteitag doch die: gibt es ein anderes, zweckmäßigeres und geeigneteres Mittel, den von der Stuttgarter Konferenz und dem Essener Parteitag sanktionierten Grundsatz zur Durchführung zu versehen, daß von nun ab die Opfer des Maikampfes unterstützt werden sollen? Die Generalkommission hat dazu bereits auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg ihre Erklärung abgegeben, und der Parteivorstand tut es durch das Referat, das mir übertragen ist, heute. Beide sind der Meinung, daß eine andere Art der Regelung unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich sein wird. Die Lösung dieser Aufgabe hängt nicht von dem guten Willen und auch nicht von der Verstandesschärfe des Parteivorstandes und der Generalkommission ab, sondern sie liegt in Verhältnissen, die außerhalb der Willensmeinung dieser beiden Körperschaften liegen. In erster Linie geht durch alle Monda des Beschlusses von Parteivorstand und Generalkommission der Gedanke, daß die Unterstützungsregelung nicht auf totalem Wege, sondern durch die Zentralkassen von Partei und Gewerkschaften geleistet werden solle. Die Anträge 87 und 99 gehen den radikalsten Weg zur Lösung der Frage, indem sie einfach erklären: die Unterstützungspflicht von Partei und Gewerkschaften für die Opfer des Maikampfes soll aufhören. Sie glauben das damit begründen zu können,

daß sie sagen: im anderen Falle werde die Bedeutung der Maifeier, ihr Charakter, die Beteiligung an der Arbeitsruhe wesentlich beeinträchtigt. Nun ist ja diese Lösung gewiß sehr einfach. Die ganze Frage der Form der Unterstützung, die Frage, wer die Verpflichtung zur Unterstützung hat, wird natürlich sofort beiseite geschafft, wenn die Frage der Unterstützungspflicht überhaupt verneint wird. Aber der Stuttgarter und Essener Beschluß sind doch beide nicht aus heiterem Himmel gefallen, sondern sie haben ihre Ursache gehabt in den Bedürfnissen der Partei und Gewerkschaften. Es wurde dort die Meinung vertreten, es sei unmöglich, daß Jahr für Jahr unter Umständen dieselbe Kategorie von Arbeitern, die opfermutigsten und kampfbereitesten, die bei dem Maikampf in die Bresche treten, als Opfer auf dem Kampfplatz bleiben, während die Tausende und Hunderttausende von Arbeitern, die vielleicht nicht in der Lage sind, den 1. Mai zu feiern oder die nicht von derselben Kampfeslust und Opferwilligkeit besetzt sind, teilnahmslos beiseite stehen und jene Opferwilligsten einfach ihrem Schicksal überlassen. Den Gedanken aber, daß durch die Art und Weise der Regelung der Maifeierunterstützung gleichsam der Charakter der Maifeier abgeschwächt, die Lust und Liebe zur Demonstration am Maitage beeinträchtigt werde, kann ich nicht verstehen. Glaubt man, daß die Opferbereitschaft, die Kampfeslust eher verstärkt wird, wenn man die Opfer wehrlos dem Gegner überläßt, als wenn man ihnen eine vielleicht nicht genügende Unterstützung zuteil werden läßt? Wenn die örtliche Unterstützung nach Ansicht der Antragsteller ungenügend und deshalb geeignet ist, die Kampfeslust zu schwächen, so verstehe ich nicht, wie die Kampfeslust gestärkt werden soll, wenn man überhaupt keine Unterstützung gewährt. Ein anderer Teil der Anträge — und ich glaube, in den Anträgen sind all die Einwände, die im Laufe der Zeit gegen den Beschluß des Parteivorstandes laut geworden sind, vereinigt —, die Anträge 88, 89, 91, 94, 98, 101, 103 und 104 gehen alle von dem gemeinsamen Gedanken aus, einmal die ganze Frage dem Parteivorstand und der Generalkommission zu einer erneuten Beratung zu überweisen, und zwar unter der Voraussetzung, daß die Unterstützung nicht am Orte geregelt wird, sondern daß die Zentralkassen der Partei und der Gewerkschaften dafür in Anspruch genommen werden sollen. Gewiß, ein schöner Vorschlag, es fragt sich aber, ob er durchführbar sein wird in bezug auf die Parteidkasse. (Hört! hört!) Ich glaube, wenn Sie nur einen Blick werfen auf die Einnahmen, die die Parteidkasse in diesem Jahre zu verzeichnen hat, werden Sie selber zugeben müssen, daß, wenn man nicht eine grundlegende Minderung der Art der Beitragsleistung und der ganzen Kassenverhältnisse der Partei vornehmen will, dem Parteivorstand unmöglich diese Aufgabe überwiesen werden kann.

Wir haben in diesem Jahre aus allgemeinen Parteibeiträgen eine Einnahme von circa 442 000 Mk. zu verzeichnen. Das sind die gesamten Einnahmen aus Beiträgen der Wahlkreise an die Parteidkasse. Glauben Sie etwa, daß eine solche Summe für einen Kampf von einigermaßen großer Ausdehnung ausreichen würde? Und selbst wenn Sie noch die ganzen Ueberflüsse des „Vorwärts“, der Parteibuchhandlung und der übrigen Parteiunternehmungen hinzurechnen, so hätten Sie doch erst 600 000 Mk. Man braucht nur diejenigen Genossen, die im gewerkschaftlichen Leben einigermaßen erfahren sind, zu fragen, ob man Lohnkämpfe auf großer Grundlage mit solchen Mitteln unternehmen kann. Ich glaube, es ist nicht ein einziger unter Ihnen, der der Parteidkasse zumuten kann, die Opfer der Maifeier zu tragen. Gibt es nun eine Möglichkeit, die Parteidkasse so zu fundieren, daß man diese Anforderung an sie stellen kann? Nein, wir können nicht von heute auf morgen die Grundlagen der Partei ändern, wir sind eine politische Partei, die Mittel sind